

Initiativen: „Hallen Kalk sind kein Einzelfall“

Kritik an der Verwaltung
bei sozialen und
kulturellen Projekten
der Stadtentwicklung

VON MORITZ A. ROHLINGER

Die Kritik an der Arbeit der Stadtverwaltung wird immer lauter, besonders mit Blick auf die Entstehung von Quartieren mit kulturellen und sozialen Aspekten im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. Vor nicht einmal zwei Wochen hatte die „Montag Stiftung Urbane Räume“ ihre Teilnahme an den Hallen Kalk nach vier Jahren beendet. Begründet hatte die Institution diesen Schritt damit, dass sie in der Stadt Köln keinen verlässlichen Partner mit abgestecktem Handlungsrahmen und striktem Zeitmanagement sehe.

Im Osthof an den Hallen Kalk soll ein sozialgerechtes Quartier entstehen, unter andere mit einem Quartierszentrum, aber auch dem Migrationsmuseum „Domid“. Zahlreiche beteiligte gemeinnützige Organisationen greifen diese Kritik nun auf und schlagen in die gleiche Kerbe.

Der Verein Kulturhof Kalk, Kreationzentrum Zeitgenössischer Zirkus – beide aus der Verantwortungsgemeinschaft Osthof (VGO), das Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie (Fort X), der Verein Rosarot (Fort XI) und auch der Verein Klug (Liebigquartier) bemängeln in einem gemeinsamen Schreiben, dass bei gemein-



**Wir möchten
nicht mehr**

**Projekte für eine Stadt
ersinnen, an denen sie
kein Interesse zeigt.**

aus dem gemeinsamen
Schreiben der Initiativen

wohlorientierten Projekten, die der Transformation von Industriebrachen hin zu soziokulturell genutzten Räumen alle ähnlich schlechte Erfahrungen gesammelt haben.

So würden seitens der Verwaltung Gespräche abgebrochen oder verweigert, Termine nicht eingehalten, Emails nicht oder erst nach Monaten beantwortet, Bedingungen über Nacht geändert oder offizielle Termine mit politischen Vertretern nicht vorbereitet oder kurzfristig abgesagt. Und das ist nur ein Teil der Liste.

Es ist die Rede von einer „Blockade- und Verhinderungshaltung in der Verwaltung“. Gezielt sprechen Sie Probleme mit dem Liegenschaftsamt an, in dessen Zuständigkeitsbereich sie diese systematischen Handlungsweisen erkennen würden. Gemeinsam fordern die Initiativen „eine gründliche Neuaufstellung im Umgang mit unseren Projekten“. Viele der Akteure überlegen, ihr Engagement zu beenden. „Wir möchten nicht mehr Projekte für eine Stadt ersinnen, an denen sie kein Interesse zeigt“, heißt es in dem gemeinsamen Schreiben.

Ein Ende des ehrenamtlichen Engagements würde wohl für viele Projekte auch ein Ende oder zumindest weiteren langjährigen Stillstand bedeuten.